

Antrag

Fraktion der CDU

Hannover, den 27.05.2015

MINT-Nachwuchs fördern - Schulen unterstützen - Technische Hochschulen stärken!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Die langfristige Sicherung des Fachkräftenachwuchses ist eine der wichtigsten Aufgaben, der sich Politik, Wirtschaft und Gesellschaft in Niedersachsen gemeinsam zu stellen haben. Einen Schwerpunkt der Anstrengungen stellen die Berufsfelder dar, die eine fundierte Bildung und Ausbildung im Bereich Mathematik, Informatik, Natur- und Ingenieurwissenschaften und Technik (MINT) voraussetzen. Den niedersächsischen Kindertagesstätten, Schulen und Hochschulen kommt dabei eine entscheidende Rolle zu.

Die niedersächsischen Universitäten sind ebenso wie die Fachhochschulen im naturwissenschaftlich-technischen Bereich hervorragend aufgestellt. Die technischen Hochschulen tragen durch ihr spezifisches Profil und mit ihren hoch qualifizierten Absolventen zur Nachwuchsgewinnung bei Fach- und Führungskräften im MINT-Bereich bei. An der Leibniz Universität Hannover, der Technischen Universität Clausthal und der Technischen Universität Braunschweig sind in den MINT-Fächern der Ingenieur- und Naturwissenschaften, Architektur, Informatik und Mathematik zusammengekommen etwa 25 000 Studierende eingeschrieben. An niedersächsischen Hochschulen, insbesondere an den technischen Universitäten, findet im MINT-Bereich Forschung auf Spitzenniveau statt.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. Projekte und Kooperationen in der frühkindlichen und Primarbildung zu fördern und zu unterstützen, die zum Ziel haben, Kinder spielerisch für das Experimentieren und Forschen zu begeistern,
2. anzuregen, die Kooperationen der eigenverantwortlichen Schulen mit Unternehmen und Verbänden der Wirtschaft, Instituten der Wissenschaft und Forschung und mit den Hochschulen fortzusetzen, zu vertiefen und zu erweitern,
3. die erfolgreiche IdeenExpo weiter zu unterstützen und als feste Einrichtung zu etablieren,
4. die Schulen bei der Kooperation mit außerschulischen Partnern, die technisches Wissen in die Schule bringen, zu unterstützen und entsprechende Verbote zurückzunehmen,
5. die Gesamtstundenzahl der dem MINT-Bereich zuzuordnenden Schulfächer bei der Wiedereinführung des neunjährigen Gymnasiums (G9) gegenüber der früheren G9-Studentenafel nicht zu kürzen,
6. ein Konzept zu entwickeln, damit mehr weiterführende Schulen das Schulfach Informatik anbieten,
7. Schülerinnen und Schüler mit überdurchschnittlichen Leistungen in Mathematik, naturwissenschaftlichen Fächern und Informatik stärker als bisher gezielt zu fördern und in Abstimmung mit den Hochschulen auf MINT-Studiengänge vorzubereiten,

8. darauf hinzuwirken, dass in der schulischen Berufsorientierung gezielt auf MINT-Berufe hingewiesen wird - und zwar sowohl auf technisch orientierte Ausbildungsberufe als auch auf Berufe, die einen Hochschulabschluss voraussetzen,
9. dem anhaltenden Lehrermangel in MINT-Fächern mit einem Programm zu begegnen, in dem Abiturientinnen und Abiturienten gezielt auf die langfristig guten Berufschancen für Nachwuchslehrkräfte in MINT-Fächern hingewiesen werden,
10. die fachdidaktische Aus-, Fort- und Weiterbildung der Lehrkräfte in MINT-Fächern weiter zu stärken,
11. Kooperationen zwischen allgemein und berufsbildenden Schulen und Hochschulen in MINT-Fächern zu fördern und Übergänge zu erleichtern,
12. in Schulen und Hochschulen Maßnahmen zur Steigerung des Frauenanteils in MINT-Studiengängen und -Berufen zu vertiefen und zu verstetigen,
13. die Hochschulen anzuregen, Programme zur hochschuldidaktischen Weiterbildung von Hochschullehrerinnen und -lehrern in den MINT-Fächern zu entwickeln und zu vertiefen,
14. auf die Hochschulen einzuwirken, gerade für MINT-Fächer verstärkt Propädeutika und Einführungs- und Begleitkurse für Studienanfänger anzubieten,
15. darauf hinzuwirken, dass Hochschulen die Ursachen für Studienabbrüche in MINT-Fächern analysieren, diesen mit geeigneten Maßnahmen begegnen und Studierenden gegebenenfalls in der Studienberatung Alternativen aufzeigen,
16. die offene Hochschule für Berufspraktikerinnen und -praktiker aus dem MINT-Bereich noch attraktiver zu machen, z. B. durch die Ausweitung berufsbegleitender Studiengänge und die Anrechnung von beruflich erworbenen Kompetenzen,
17. die Maßnahmen zu evaluieren und die Entwicklung in einem MINT-Bildungsbericht darzustellen, der den gesamten Bildungsbereich umfasst: die frühkindliche Bildung, die schulische Bildung und Berufsorientierung, den Übergang Schule-Beruf, die Hochschulbildung, die Aus-, Fort- und Weiterbildung einschließlich der offenen Hochschule,
18. die technischen Universitäten in Niedersachsen zu stärken,
19. die Hochschulen bei ihren Anstrengungen für die nächste Exzellenzinitiative intensiv zu unterstützen,
20. die Hochschulen nicht mit überflüssigen Strukturdiskussionen von ihren in § 3 des Niedersächsischen Hochschulgesetzes festgelegten Aufgaben abzuhalten,
21. die Entwicklungsplanung der technischen Universitäten wieder in die bis Ende 2014 gemeinsam wahrgenommene Selbstverantwortung der drei technischen Universitäten zu überführen,
22. die Autonomie der technischen Universitäten zu respektieren und ihre verfassungskonforme Weiterentwicklung zu garantieren,
23. die Technische Universität Clausthal weiterhin an der ambitionierten Spitzenforschung teilhaben zu lassen,
24. die Kürzung der Forschungsförderung an den technischen Universitäten zurückzunehmen.

Begründung

Dem jüngsten „MINT-Frühjahrsreport 2015“ des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln zufolge fehlen deutschen Unternehmen derzeit rund 137 000 Arbeitskräfte mit einem beruflichen oder akademischen Abschluss im MINT-Bereich. Der Studie zufolge ist Niedersachsen von diesem gravierenden Mangel sowohl bei MINT-Fachkräften (Ausbildungsberufe) als auch bei MINT-Spezialisten (Meister und Techniker) und MINT-Experten (Akademiker) betroffen.

Prognosen zufolge wird sich der Fachkräftemangel bundesweit in den nächsten Jahren aufgrund des demografischen Wandels weiter verschärfen. Das gilt auch für Niedersachsen.

Ein Gesamtkonzept gegen den Fachkräftemangel insbesondere im MINT-Bereich muss alle Bereiche des Bildungswesens umfassen - von der frühkindlichen Bildung über alle Formen der schulischen und Hochschulbildung bis zur Erwachsenen- und Weiterbildung. Sie kann nur gelingen, wenn die Landesregierung eng und vertrauensvoll mit ihren Partnern in der Wirtschaft, aber auch mit anderen gesellschaftlichen Akteuren zusammenarbeitet.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, weshalb die rot-grüne Landesregierung jahrelang erfolgreiche Projekte wie „HannoverGen“ oder die Zusammenarbeit von fünf Gymnasien mit Energieunternehmen nicht fortführt oder sogar unterbindet. Ebenso unverständlich ist es, warum mit der Wiedereinführung des G9 künftig weniger Unterrichtsstunden als früher in Fächern wie Chemie oder Physik erteilt werden sollen. Ganz im Gegenteil ist angesichts der aktuellen Situation eine Ausweitung bestehender Konzepte und Kooperationen angezeigt, um mehr junge Menschen für die MINT-Berufsfelder zu begeistern.

Niedersachsen ist als Land des technischen Fortschritts auf hoch qualifizierte Arbeitskräfte im naturwissenschaftlich-technischen Bereich angewiesen. Dabei spielt die Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Bereitstellung bester Bedingungen für Studierende im naturwissenschaftlich-technischen Bereich eine große Rolle.

Die niedersächsischen technischen Universitäten verstehen sich nicht nur als Zentren der Forschung und Lehre, sondern haben sich auch gegenüber der Wirtschaft geöffnet und stellen für ihre Regionen ebenso wie für das ganze Land einen wichtigen Standortfaktor dar. Die Leibniz Universität Hannover, die Technische Universität Clausthal und die Technische Universität Braunschweig haben im Rahmen der Niedersächsischen Technischen Hochschule (NTHK) in vier Jahren insgesamt 49 Millionen Euro Drittmittel eingeworben.

Die rot-grüne Landesregierung hat erklärt, die NTH nicht weiterführen zu wollen, und das NTH-Gesetz für 2015 ausgesetzt. Bis 2014 hat die NTH pro Jahr 5 Millionen Euro Landesmittel erhalten, um gemeinsame Forschungsprojekte zu finanzieren. Die Landesregierung hat die Haushaltsmittel ab 2015 ersatzlos gestrichen. Bei der nun angestoßenen „Intensivierung der wissenschaftlichen Zusammenarbeit der Leibniz Universität Hannover und der TU Braunschweig“ bleibt die Technische Universität Clausthal mit ihren rund 4 900 Studierenden und 85 Professuren vom weiteren Prozess politisch abgekoppelt.

Mit Blick auf die nächste Runde der Exzellenzinitiative, die ab 2017 greifen wird, ist die Landesregierung gefordert, alle Hochschulen in Niedersachsen bestmöglich vorzubereiten. Das gilt insbesondere auch für die technischen Universitäten. Für Bewerbungen auf Spitzenniveau sind verlässliche Strukturen unabdingbar; Strukturdiskussionen hingegen können die Konzentration auf das Wesentliche verstellen und Bewerbungen erschweren.

Björn Thümler
Fraktionsvorsitzender